

**abgeschlossen am
19. Oktober 2003**

	<u>Seite</u>
1. Überbrückungshaushalt verabschiedet	1
2. Zusätzliche Haushaltsmittel für Irak gebilligt	1
3. Mittelzuweisung für ‘Department of Homeland Security’ erfolgt	2
4. Rekordhaushalt für das Pentagon bewilligt	3
5. Republikaner arbeiten an Kompromiss zur Energiegesetzgebung	4
6. Druck auf Kompromiss bei Medikamenten-Zusatzversicherung wächst	6
7. Demokraten fordern unabhängige Untersuchung der Wilson-Affäre	7
8. Senator Don Nickles verzichtet auf Bewerbung um Wiederwahl 2004	8
9. Präsidentschaftsvorwahlen: Graham gibt auf, Clark im Spitzenfeld	9

10/2003

1. Überbrückungshaushalt verabschiedet

Nachdem absehbar war, dass zum rechnungstechnischen Beginn des neuen Haushaltsjahres 2004 am 1. Oktober 2003 erst drei der dreizehn erforderlichen Bewilligungsgesetze (nämlich für *Defense*, *Homeland Security* und die *Legislative Branch*) verabschiedet sein würden, hat der Congress am 25. September 2003 einen Überbrückungshaushalt verabschiedet.

Die sogenannte *Continuing Resolution (House Joint Resolution 69, Public Law 108-84)* schreibt die Ausgaben für die noch nicht bewilligten Einzelhaushalte auf der Höhe des Vorjahres zunächst bis zum 31. Oktober 2003 fort.

Schon jetzt scheint allerdings klar, dass es wohl noch mindestens einer weiteren *Continuing Resolution* bedarf, bevor der Congress seine Haushaltsbewilligung 2004 tatsächlich abgeschlossen haben wird. Kontrovers sind in diesem Zusammenhang insbesondere die Bewilligungsgesetze für

- *Veterans, Housing, NASA and EPA (HR 2861)*, *Commerce, Justice, State and the Judiciary (HR 2799)* sowie *Transportation and Treasury (HR 2989)*.

Hier könnte sich der Congress am Ende des Instruments der Sammelbewilligung bedienen, um seine Arbeit vor der Weihnachtspause abzuschließen und Handlungsfähigkeit zu demonstrieren. Freilich bestünde in diesem Zusammenhang die Gefahr, dass eine *Omnibus Appropriations Bill* durch sogenannte „rider“ beschwert würde, also beliebige Zusätze einzelner Parlamentarier(gruppen), die der Congress dann aber nur um den Preis einer Ablehnung der Gesamtvorlage zurückweisen könnte.

2. Zusätzliche Haushaltsmittel für Irak gebilligt

Trotz der wachsenden Kritik an der Irak-Politik Bushs (vgl. CR 9/2003, S. 1) haben beide Kammern des Congress am 17. Oktober 2003 die von Präsident Bush verlangte zusätzliche Mittelzuweisung in Höhe von nahezu 87 Mrd. USD gebilligt.

Das Repräsentantenhaus stimmte dem Ergänzungshaushalt für 2004 (S 1689), in dem Bush u.a. 65 Mrd. USD für die amerikanische Truppenstationierung im Irak sowie 20,3 Mrd. USD für den Wiederaufbau des Irak verlangte, mit 303:125 Stimmen zu. Während sich 220 Republikaner und 83 Demokraten für die *Supplemental Appropriations Bill* aussprachen, verweigerten sechs Republikaner, 118 Demokraten und ein Unabhängiger dem Präsidenten die Gefolgschaft. Der Entscheidung des Repräsentantenhauses war eine Kürzung der Wiederaufbaumittel für den Irak um 1,7 Mrd. USD vorausgegangen.

Der Senat sprach sich mit 87:12 Stimmen für den Ergänzungshaushalt aus, wobei er neben den vom Repräsentantenhaus beschlossenen Kürzungen im Rahmen der *Iraq*

Reconstruction Aid nahezu die Hälfte der bewilligten Wiederaufbaumittel gegen den erklärten Willen des Präsidenten als Darlehen vergeben wissen möchte. Während *Majority Leader* Bill Frist (R-Tenn.) die Entscheidung als Sieg für Bush feierte, interpretierten Fraktionskollegen wie Chuck Hagel (R-Neb.) das Votum des Senats weniger überschwänglich und mahnten verstärkte Konsultationen des Weißen Hauses mit dem Congress in der Irak-Politik an. „Die Realität ist, dass die Vereinigten Staaten die Kosten tragen müssen“, so der Senator, der prognostizierte, dass die USA mehr Streitkräfte im Irak benötigen würden.

Die Demokraten gingen noch einen Schritt weiter und verwiesen darauf, dass es in den Augen der amerikanischen Öffentlichkeit nicht „besonders populär ist, 87 Mrd. für den Irak auszugeben“, wie Senator Richard J. Durban (D-Ill.) es formulierte. Weitere Haushaltsmittel für die Stabilisierung des Irak, so die implizite Botschaft, würden politisch, zumal im Wahljahr 2004, nur schwer durchzusetzen sein.

Die wachsende Kritik an der Irak-Politik des Präsidenten, die nicht nur von den Demokraten immer unverhohlener artikuliert wird, hat auch dadurch Nahrung erhalten, dass die USA nach intensiver sechsmonatiger Suche unter Führung des früheren VN-Waffeninspektors David Kay Anfang Oktober 2003 gegenüber dem Congress eingestehen mussten, dass keine Massenvernichtungswaffen gefunden werden konnten. Kay und sein 1400 Personen starkes Überwachungsteam sind zu dem Ergebnis gekommen, dass sich das nukleare Waffenprogramm des Irak offensichtlich nur in einem „sehr rudimentären Zustand“ befand. Damit entfällt einer der wichtigsten Kriegsgründe Präsident Bushs gegen den Irak, der von großen Mengen an Massenvernichtungswaffen dort ausgegangen war.

Bereits im September hatte der Vorsitzende des Geheimdienstausschusses im Repräsentantenhaus, Peter J. Goss (R-Fla.), nach Durchsicht von umfangreichem Material, das dem Ausschuss durch die CIA zur Verfügung gestellt worden war, die Arbeit des Nachrichtendienstes und seines Direktors George J. Tenet in einem Brief scharf kritisiert. Die „U.S. intelligence community“ habe größtenteils „veraltete“ und „fragmentarische“ Informationen benutzt, die „zu viele Unsicherheiten“ enthalten hätten, um daraus ableiten zu können, dass der Irak über Massenvernichtungswaffen verfügt und Verbindungen zum Terrornetzwerk El-Kaida unterhält.

3. Mittelzuweisung für ‘Department of Homeland Security’ erfolgt

Repräsentantenhaus und Senat haben am 24. September 2003 der Bewilligungsvorlage des Vermittlungsausschusses für das nach den Terrorangriffen des 11. September neu geschaffene Ministerium für innere Sicherheit (vgl. CR 11/2002, S. 4) mit überwältigender Mehrheit zugestimmt. Im Repräsentantenhaus sprachen sich 417 Abgeordnete für und nur acht gegen die Gesetzesvorlage (*Homeland Security Appropriations 2004*) aus. Der Senat stimmte der Vorlage einstimmig zu.

Der Etat in Höhe von 30,4 Mrd. USD für die neue Mammutbehörde im Haushaltsjahr 2004 gliedert sich wie folgt:

- 6,8 Mrd. USD für die Arbeit der Küstenwache;
- 5,8 Mrd. USD für den Zoll und die Grenzbewachung;
- 4,6 Mrd. USD für die neu eingerichtete *Transportation Security Administration*;
- 4,4 Mrd. USD für *Emergency Preparedness and Response*;
- 4 Mrd. für das *Office for Domestic Preparedness*;
- 1,1 Mrd. für den Geheimdienst *Secret Service*;
- 1,76 Mrd. USD für die Bereiche Wissenschaft und Technologie sowie Informationsanalyse und schließlich
- 1,8 Mrd. USD für die Katastrophenhilfe.

Die Schaffung des neuen Superministeriums stellt den Congress allerdings vor erhebliche Kontrollprobleme, die zwischenzeitlich von Demokraten und Republikanern gleichermaßen gesehen werden. „Von allen Regierungsbehörden, über die wir eine bessere Aufsicht haben wollen“, so der Republikaner Todd Platts (Pa.) im Repräsentantenhaus, „ist jene für innere Sicherheit die größte.“ Platts mahnte für die größte „Reorganisation der amerikanischen Regierung seit 50 Jahren“ mit Blick auf das Machtgleichgewicht zwischen Legislative und Exekutive effektive *checks and balances* an.

4. Rekordhaushalt für das Pentagon bewilligt

Repräsentantenhaus und Senat haben am 24./25. September 2003 mit der großen überparteilichen Mehrheit von 407:15 bzw. 95:0 Stimmen der Vorlage des Vermittlungsausschusses zum Rüstungsbewilligungsgesetz 2004 (*Defense Appropriations*) zugestimmt.

Eine Debatte über die Rüstungsbewilligung in Höhe von 369 Mrd. USD gab es nicht, und einzig Senator John McCain (R-Ariz.) bemängelte die Geschwindigkeit, mit der die Vorlage durch den Senat gepeitscht wurde. McCain warf seinen Senatskollegen vor, ihre verfassungsmäßige Verantwortung für die Haushaltspolitik vernachlässigt zu haben, und verwies darauf, dass im Senatsplenum gerade einmal zwei Stunden zwischen dem Beginn der Aussprache über die Vorlage und der Endabstimmung lagen.

Auch im Repräsentantenhaus wurde die Vorlage im Eilverfahren zur Abstimmung gebracht, was der Vorsitzende des Bewilligungsausschusses, Bill Young (R-Fla.), damit begründete, dass Präsident Bush eine zügige Bewilligung verlangt habe. Bush unterschrieb das Bewilligungsgesetz dann am 30. September 2003, einen Tag vor dem rechnerischen Beginn des neuen Haushaltsjahres 2004.

Im Einzelnen sieht das Gesetz (*Public Law* 108-87) vor:

- 115,91 Mrd. USD für die Einsatzbereitschaft der amerikanischen Streitkräfte (gegenüber 114,71 Mrd. USD im Haushaltsjahr 2003);
- 98,46 Mrd. USD für Personalausgaben (gegenüber 2003 eine Erhöhung um 4,9 Mrd. USD);
- 74,67 Mrd. USD für die Beschaffung neuer Waffensysteme (2003: 71,51 Mrd.);
- 65,22 Mrd. USD für Forschung und Entwicklung (2003: 58,2 Mrd.);
- 15,73 Mrd. USD für die Gesundheitsversorgung (2003: 14,84 Mrd.) und 836 Mio. USD (2003: 881,9 Mio.) für militärische Drogenbekämpfungsprogramme.

Rechnet man noch die Ausgaben für die Stationierung der amerikanischen Streitkräfte im Irak hinzu, für die Präsident Bush im Rahmen eines Ergänzungshaushaltes 65,6 Mrd. USD vom Congress verlangt, dann werden die USA im nächsten Jahr 434 Mrd. USD für die Rüstung ausgeben.

Zu dieser an sich schon astronomischen Summe kann man durchaus noch die Ausgaben für nukleare Waffenprogramme im Etat des Energieministeriums (*Energy and Water Development Appropriations*) sowie die für Bauvorhaben im Rahmen der *Military Construction Appropriations* addieren, so dass die Militärausgaben der USA bei deutlich über 450 Mrd. USD liegen dürften.

Von nennenswertem politischem Widerstand gegen Militärausgaben im Congress kann derzeit freilich keine Rede sein. Im Gegenteil: Republikaner wie Randy Cunningham (Cal.), Mitglied des Verteidigungsbewilligungsunterausschusses im Repräsentantenhaus fordern perspektivisch sogar zusätzliche Haushaltsmittel für die Waffenbeschaffung in Höhe von 100 Mrd. USD.

5. Republikaner arbeiten an Kompromiss zur Energiegesetzgebung

Die republikanischen Verhandlungsführer um Senator Pete Domenici (N.M.) und den Abgeordneten Billy Tauzin (La.), die den Vermittlungsausschuss zur Energiegesetzgebung leiten, haben noch für Oktober 2003 die Vorlage eines Kompromisspaketes angekündigt.

Senat und Repräsentantenhaus haben in der laufenden Sitzungsperiode unterschiedliche Versionen eines Energieversorgungsgesetzes verabschiedet (vgl. CR 9/2003, S. 5). Während die republikanische Mehrheit im Repräsentantenhaus den Vorgaben der Bush-Administration folgte, einigte man sich im Senat auf einen Kompromiss zwischen Demokraten und Republikanern.

Die jüngsten Verlautbarungen von republikanischer Seite deuten einen Strategiewechsel in der Verhandlungsführung an. Lag der Schwerpunkt der republikanischen Bemühungen im Vermittlungsausschuss zunächst darauf, eine Blockade des Energiegesetzes durch die Demokraten im Senat über die Ausklammerung grundsätzlicher Streitfragen verhindern zu wollen, scheinen sich die Republikaner nun offenbar mit Hilfe umfangreicher Subventionspakete eine Mehrheit für das Energieversorgungsgesetz sichern zu wollen.

Ende September 2003 hatte Senator Domenici noch öffentlich in Erwägung gezogen, einen erneuten Vorstoß zur Öffnung von Alaskas Naturschutzgebieten (ANWR) für die Öl- und Gasexploration zu unternehmen. Vor dem Hintergrund innerparteilicher Opposition und demokratischer Blockadedrohungen scheint dieser Vorschlag nun endgültig vom Tisch.

Allerdings könnten sich die Kosten der Subventionen und Vergünstigungen, auf die sich die Republikaner zur Mehrheitssicherung mit einzelnen Mitgliedern des Congress verständigt haben, nach ersten Schätzungen auf bis zu 60 Mrd. USD summieren.

Ein besonders krasses Beispiel für die Widersprüchlichkeit der republikanischen Strategie zur Mehrheitssicherung ist einerseits die geplante Gewährung von Subventionen für Ethanol-Produzenten, die für Republikaner *und* Demokraten aus Staaten mit starken Agrarinteressen, den sogenannten *farm states*, von Bedeutung sind. Andererseits ist gleichzeitig geplant, den Produzenten des Benzin-Additivs MTBE, das im Verdacht steht Krebserkrankungen zu fördern, Rechtsschutz einzuräumen. Das Additiv aus der Gruppe der Methyläther wird auch als ernsthafte Bedrohungen für das Trinkwasser angesehen.

Die Republikaner hoffen mit ihrer Kompromissstrategie im Vermittlungsausschuss gleichwohl nicht nur die eigene Mehrheit für das Energiegesetz zu konsolidieren, sondern auch die Demokraten im Senat einzubinden und von einer Blockade abzuhalten. Senatoren aus den *farm states* wie beispielsweise Tom Daschle, der *Senate Minority Leader* aus South Dakota, werden sehr bedenken, ob sie mit einer ablehnenden Haltung die für ihre Bundesstaaten zu erwartenden erheblichen Fördermittel aufs Spiel setzen.

Daschle warnte allerdings die republikanischen Verhandlungsführer zwischenzeitlich davor, die Gesetzesvorlage zu überladen, und ließ offen, ob die Demokraten im Senat gegebenenfalls nicht doch versuchen würden, die Verabschiedung des Energiegesetzes zu verhindern.

6. Druck auf Kompromiss bei Medikamenten-Zusatzversicherung wächst

Präsident Bush hat Ende September 2003 erneut an den Congress appelliert, in den Verhandlungen um eine Medikamenten-Zusatzversicherung unter *Medicare*, der Bundeskrankenversicherung für Senioren, Behinderte und chronisch Kranke (vgl. CR 7-8/2003, S. 4), schnell zu einem Kompromiss zu kommen, der in beiden Kammern mehrheitsfähig ist.

Die Verhandlungen im Congress erweisen sich jedoch ungeachtet des Drucks des Präsidenten und der Popularität, welche die Idee einer Zusatzversicherung (*Medigap Insurance*) in der amerikanischen Öffentlichkeit genießt, als unverändert schwierig. So haben die Mitglieder des Vermittlungsausschusses von Senat und Repräsentantenhaus am 17. Oktober 2003 eine selbstgesetzte Frist verstreichen lassen, ohne dass offensichtlich substanzielle Fortschritte in den strittigen Fragen erzielt wurden.

Während vor allem republikanische Unterhändler auf bereits erzielte Fortschritte verweisen, zeichnet sich noch keine Kompromisslinie in den zwischen den beiden Parteien und Kammern kontroversen Punkten ab. Hier geht es insbesondere um

- die von liberalen Demokraten favorisierte Senatsbestimmung, nach welcher der Bund in Regionen, in denen weniger als zwei private Anbieter auftreten, als Versicherungsgeber einspringen soll, sowie um
- die von konservativen Republikanern bevorzugte Zusatzbestimmung (Vorlage des Repräsentantenhauses), nach der das *Medicare*-Programm ab 2010 *generell* für private Anbieter geöffnet werden soll.

Darüber hinaus könnten aber auch bereits vom Vermittlungsausschuss ausgehandelte Kompromisse, wie die Erhöhung der *Medicare*-Beiträge von Senioren mit höheren Einkommen, die von den Demokraten in der Vergangenheit kategorisch als Systembruch abgelehnt wurde, die Verabschiedung des Gesetzes am Ende erschweren.

Der Vorsitzende der demokratischen Senatsfraktion, Tom Daschle (S.D.), hat deshalb seine Warnungen vor allzu großen Abweichungen von der zwischen den Parteien ursprünglich ausgehandelten Senatsvorlage wiederholt. Sollten die Leistungen und Bedingungen zu weit hinter den Erwartungen zurückbleiben, so Daschle, könnte dies zu einer „Revolte“ unter den Leistungsbeziehern des *Medicare*-Programmes führen.

Senatorin Hillary Rodham Clinton (D-N.Y.), die mit einer Handvoll ihrer demokratischen Kollegen gegen den Senatskompromiss gestimmt hatte, strich in einer Pressekonferenz Mitte Oktober 2003 nochmals ihre grundsätzlichen Einwände heraus. Die Vorstellungen beider Seiten, so Clinton, würden für eine große Zahl von Senioren keine Verbesserung, sondern eine Verschlechterung ihrer Medikamentenversorgung mit sich bringen.

Die sich abzeichnende Hinhaltenaktik beider Seiten, die ein Scheitern einkalkuliert, ohne öffentlich selbst Verantwortung dafür übernehmen zu wollen, scheint ein Eingreifen des Präsidenten in die Sachverhandlungen erforderlich zu machen, um eine Blockade zu vermeiden. Bush hält sich bisher jedoch, möglicherweise mit Rücksicht auf die konservative Parteibasis, bedeckt.

7. Demokraten fordern unabhängige Untersuchung der Wilson-Affäre

Mitglieder der demokratischen Fraktionen im Congress haben Anfang Oktober 2003 ihre Forderung nach der Einsetzung eines unabhängigen Sonderermittlers zur Untersuchung der Enttarnung der CIA-Agentin Valerie Plame, der Ehefrau des früheren amerikanischen Botschafters und Bush-Kritikers Joseph C. Wilson, erneuert.

Der konservative Kolumnist Robert D. Novak hatte im Juli 2003 unter Verweis auf zwei hochrangige Mitglieder der Administration die Identität von Plame in einem Artikel über Wilson enthüllt, der seinerseits die Irak-Politik Bushs zuvor öffentlich scharf kritisiert hatte.

Wilson war im Jahr 2002 nach Untersuchungen im Auftrag der CIA zu dem Schluss gekommen, dass von den behaupteten Bemühungen des Irak, sich waffenfähiges Uran in Afrika beschaffen zu wollen, keine Rede sein konnte. Gleichwohl hatte die Bush-Administration an derartigen Behauptungen noch im Januar 2003 öffentlich festgehalten.

Es wird vermutet, dass die gezielte Indiskretion, die zur Enttarnung Plames führte, als Straffaktion gegen Wilson und zur Abschreckung weiterer potenzieller Kritiker der Regierung Bush gedacht war. Auf die Preisgabe der Identität von CIA-Agenten steht in den USA nach Maßgabe des *Intelligence Identities Protection Act* von 1982 eine Gefängnisstrafe von bis zu zehn Jahren.

Als möglicher Drahtzieher der Aktion wird vor allem Karl Rove, einer der wichtigsten Berater Bushs im Weißen Haus, genannt. Rove soll Plame laut *Newsweek* in einem Interview als „Freiwild“ bezeichnet haben.

Auf Grund der nicht mehr auszuschließenden Verwicklung führender Mitglieder der Administration in den Skandal fordert Senator Charles Schumer (D-N.Y.), dass dem zuständigen Justizminister John Ashcroft die Aufsicht über die Untersuchung der Wilson-Affäre entzogen wird. Tom Daschle (S.D.), der Fraktionsführer der Demokraten im Senat, hob ebenfalls hervor, dass es unangemessen sei, den Justizminister mit Ermittlungen gegen diejenigen (im Weißen Haus) zu betrauen, die schlussendlich für seine Ernennung verantwortlich seien.

Justizminister Ashcroft hält bisher mit Rückendeckung der Administration und der republikanischen Fraktionen im Congress daran fest, dass sein Ministerium eine sorgfältige und schonungslose Untersuchung der Affäre gewährleisten wird.

Mit der Untersuchung hat Ashcroft den Leiter der Spionageabwehr der CIA, John Dion, beauftragt. Dion gilt als gewissenhafter Karriere-Beamter, dem auch Ermittlungen gegen führende Regierungsmitglieder zugetraut werden. Die Ermittler haben zunächst die Übergabe aller relevanten Unterlagen des *White House Office* und der CIA - einschließlich der E-Mails und sämtlicher relevanter Aufzeichnungen von Telefonverbindungen - gefordert.

Auch Präsident Bush hat sich öffentlich für eine schnelle Aufklärung des Skandals ausgesprochen und die volle Kooperation seiner Mitarbeiter angeordnet. Allerdings hat der Präsident in einem späteren Kommentar hervorgehoben, dass nicht auszuschließen sei, dass die für die Informationspreisgabe Verantwortlichen nicht gefunden werden können. Die Wilson-Affäre birgt erhebliche Risikopotenziale für die Administration.

Zum einen kann sie zu einer zusätzlichen Beeinträchtigung des Verhältnisses zu den Geheimdiensten führen, das bereits durch die Auseinandersetzungen um die Begründung des Irak-Krieges erheblich strapaziert ist. Zum anderen könnte eine Verschleppung der Aufklärung die ohnehin angekratzte Glaubwürdigkeit der Administration und speziell des Justizministers in den Augen der amerikanischen Öffentlichkeit weiter beschädigen. Nach Meinungsumfragen favorisiert bereits jetzt eine Mehrheit der amerikanischen Öffentlichkeit eine unabhängige Untersuchung der Affäre.

8. Senator Don Nickles verzichtet auf Bewerbung um Wiederwahl 2004

Senator Don Nickles (R-Okla.) hat Anfang Oktober 2003 erklärt, dass er sich nicht um eine fünfte Amtsperiode im Congress bemühen will. Der konservative Hardliner und Vorsitzende des *Senate Budget Committee* will sich aus der Politik zurückziehen und in die Privatwirtschaft zurückkehren.

Nickles hat sich im Senat vor allem als Gegner sozial- und gesundheitspolitischer Initiativen und Verfechter von Wirtschaftsinteressen einen Namen gemacht. Ungeachtet seiner Prominenz unter konservativen Kollegen scheiterten seine Bemühungen, die Führung der republikanischen Senatsfraktion zu übernehmen, in den letzten Jahren mehrfach.

Der Rückzug von Nickles, dem als *safe incumbent* hohe Wiederwahlchancen eingeräumt wurden, eröffnet für die Demokraten 2004 die Chance, einen weiteren Sitz für sich zu gewinnen und damit der Kontrolle des Senats wieder ein Stück näher zu rücken. Derzeit verfügen die Republikaner mit 51 Sitzen über eine äußerst knappe Mehrheit.

Neben Nickles hat mit Peter G. Fitzgerald (R-Ill., vgl. CR 4/2003, S. 8) ein zweiter republikanischer Senator bereits im Frühjahr 2003 auf einen erneuten Antritt verzichtet. Darüber hinaus zeigen sich die Demokraten zuversichtlich, dass die Senatorin Lisa Murkowski (R-Al.), gegen die der frühere Gouverneur von Alaska, Tony Knowles, antritt, verwundbar ist.

Allerdings müssen die Demokraten die Sitze von drei Senatoren aus den Südstaaten, John Edwards (N.C.), Ernest F. Hollings (S.C.) und Zell Miller (Ga.), verteidigen, die sich nicht der Wiederwahl stellen wollen. Während sich einerseits die Republikaner bisher mit der Rekrutierung von prominenten Kandidaten schwer tun, haben die Demokraten andererseits in den letzten Jahren im Süden ihre größten Verluste hinnehmen müssen.

Mit John Breaux (D-La.) und Bob Graham (D-Fla) gibt es zudem zwei weitere potenzielle Kandidaten für den Rückzug aus dem Senat (vgl. Punkt 9).

Die personalpolitischen Probleme beider Parteien deuten im Kontext der nach wie vor verhaltenen Entwicklung der Wirtschaftskonjunktur und der wachsenden Unzufriedenheit mit der Irak-Politik an, dass der Ausgang der Congress-Wahlen 2004 keineswegs ausgemacht ist und zu einem scharfen Wettbewerb zwischen den Parteien führen wird.

9. Präsidentschaftsvorwahlen: Graham gibt auf, Clark im Spitzenfeld

Senator Bob Graham (D-Fla.) hat Anfang Oktober 2003 als erster von zehn Bewerbern um die demokratische Nominierung für die anstehenden Präsidentschaftswahlen seine Kandidatur zurückgezogen.

Graham zog damit die Konsequenzen aus seinem relativ schlechten Abschneiden in den Meinungsumfragen sowie beim Einwerben von Wahlkampfspenden. Der Senator nannte seinen späten Start und gesundheitliche Probleme zu Beginn des Vorwahlkampfes (vgl. CR 3/2003, S. 9) als wichtigste Gründe dafür.

Darüber hinaus scheint die Kandidatur von General a.D. Wesley K. Clark (vgl. CR 9/2003, S. 10) und dessen schneller Aufstieg in die Führungsgruppe der demokratischen Bewerber Grahams Entscheidung nicht unwesentlich beeinflusst zu haben.

Clarks Seiteneinstieg in den Wahlkampf hat für alle Mitbewerber den Konkurrenzdruck merklich erhöht. Einerseits hat Clark einer nationalen Meinungsumfrage von CNN/USA Today/Gallup zufolge zumindest kurzfristig die Führung im Spitzenfeld der Bewerber übernommen. Andererseits deuten andere Umfragen in der Zusammenschau auf eine weiterhin geringe Bindung der potenziellen Vorwähler an die einzelnen Kandidaten hin.

Clark ist es gelungen, seine Kampagne organisatorisch zu stabilisieren. Mit Eli J. Segal, der sowohl in Präsident Clintons Wahlkampf wie in dessen Administration tätig war, hat ein erfahrener Veteran die Leitung von Clarks Team übernommen. Weitere hochkarätige Berater aus dem Umfeld des früheren Präsidenten sind dessen Finanzminister Richard Rubin sowie Gene Sperling, Clintons früherer Chefökonom.

Clarks größte Schwäche bleibt weiterhin sein fehlendes wirtschafts-, sozial- und innenpolitisches Profil. Mit einem Vorschlag zu einem Arbeitsplatzprogramm, das durch die Streichung der unter Bushs Federführung beschlossenen Steuersenkungen für höhere Einkommen finanziert werden soll, hat der Ex-General einen ersten Vorstoß zur programmatischen Profilierung in diesem Bereich unternommen.

Clarks schnelle Erfolge haben die anfängliche freundliche Bewertung durch seine Konkurrenten in scharfe Kritik umschlagen lassen. Dabei wurden Clarks wechselnde Aussagen zu seiner Position zum Irak-Krieg ebenso unnachsichtig herausgestrichen wie seine Stimmabgabe für republikanische Präsidentschaftskandidaten in den 1980er Jahren.

Howard Dean, der frühere Gouverneur von Vermont, dem Clarks Kandidatur bisher am stärksten zugesetzt hat, sah sich allerdings mit kaum weniger harten Vorhaltungen konfrontiert. Vor allem seine Äußerungen Mitte der 1990er Jahre über den Reformbedarf bei den Bundeskrankenversicherungsprogrammen *Medicare* und *Medicaid* wurden scharf kritisiert.

Einigkeit demonstrieren die demokratischen Kandidaten gegenwärtig nur in ihrer Opposition gegenüber der Wirtschafts-, Sozial- und Außenpolitik der Bush-Administration.

Während die Demokraten ihre Kräfte und Finanzmittel derzeit im internen Gerangel um die Nominierung für die Präsidentschaftskandidatur 2004 verausgaben, kann sich Präsident Bush, der in den republikanischen Vorwahlen ohne Gegenkandidat antritt, darauf konzentrieren, Spenden einzuwerben und für den Hauptwahlkampf zurückzulegen. Dabei scheint schon jetzt klar, dass er die bisherige Rekordmarke von 100 Mio. USD an Spendeneinnahmen übertreffen wird.